

Ursanett am
01.04.11 / Jc

Epo mel 29.03.11



FRAKTION CELLE

29.03.2011

Antrag An 0190/2006-2011
Energiewende und Klimaschutz

Einbringung im
UA 10.05.11

Die Verwaltung erstellt noch vor der Kommunalwahl eine umfassende Dokumentation zur Information von Kreistag und Öffentlichkeit zu allen wesentlichen Fragen von Energiewende und Klimaschutz.

Dazu gehört:

- Darstellung der Möglichkeiten zur Entwicklung einer CO2-Bilanz für den Landkreis Celle;
- Entwicklung, Stand und Perspektiven der Erneuerbaren Energien in Stadt und Landkreis Celle;
- Darstellung der Möglichkeiten der Kreisverwaltung zur Förderung von Energieeinsparung und -effizienz auf allen Ebenen der Gesellschaft;
- Stand der Konzessionsvergabeverfahren in Stadt Celle und den Landkreisgemeinden;
- Darstellung von Entwicklung, Stand und der weiteren Planung zu Energieeinsparmaßnahmen bei kreiseigenen Gebäuden;
- Programme zur Förderung von erneuerbaren Energien sowie Klimaschutzmaßnahmen auf der Ebene von Bund, Land und Kommunen, auf die Bürger/innen, Institutionen und Betriebe zugreifen könnten;
- mögliche Auswirkungen des mit der Energiewende verbundenen und für erforderlich gehaltenen Netzausbaus für das Gebiet des Landkreises Celle;
- Darstellung der Möglichkeiten des Landkreises zur Förderung und Unterstützung von Bürger-Contracting-Projekten im Bereich der Photovoltaik;
- Darstellung der Möglichkeiten des Landkreises zur Förderung und Unterstützung von Car-Sharing-Projekten;
- Darstellung der Möglichkeiten des Landkreises Celle zur Stärkung regionaler Kreisläufe (z.B. Landwirtschaft, Ernährung)
- Darstellung der Möglichkeiten des Landkreises Celle im Bereich der energie- und klimapolitischen Bildungsarbeit;

- Darstellung zu den im Landkreis Celle gegebenen Möglichkeiten für Energie-Speicherverfahren;

Begründung:

Nicht erst seit Fukushima ist klar, dass gravierende Störfälle in Atomkraftwerken nicht nur regional, sondern global verheerende und unabsehbare Auswirkungen haben. Die Endlagerung für verbrauchte Brennelemente und atomaren Müll ist nirgendwo gelöst. Die Zwischenlagerung und die entsprechenden Transporte sind mit hohen Risiken verbunden. Die katastrophalen Verhältnisse z.B. in der Grube Asse und die absehbar milliardenschweren Kosten für den Versuch, die Risiken und Schäden zu begrenzen, sind eine ernste Warnung. Deshalb ist der schnellstmöglich Ausstieg aus der Atomenergienutzung eine zentrale politische Aufgabe.

Die Energiewende ist auch aus Gründen des Klimaschutzes unbedingt zu forcieren. Hierbei ist die kommunale Ebene (Städte, Gemeinden, Landkreise) eine wesentliche Ebene der Umsetzung. Die Entscheidungsträger/innen in den politischen Gremien benötigen für die Formulierung von entsprechenden Zielperspektiven und Umsetzungskonzepten aber eine umfangreiche Datenbasis

Wolf Wallat

Andreas Hauptmeyer